

Sitzung des Einwohnergemeinderates von Dienstag, 29. März 2016

Gemeindepräsident Michael Ochsenbein eröffnet die Sitzung, welche von zwei Themen dominiert wird, verkehrspolizeiliche Massnahmen und Bildung. Als Gast ist die Schulleiterin Katrin Kurtogullari-Rentsch anwesend.

Als erstes Geschäft wird die Weiterführung des Projektes Bläserklasse beraten. Wie die Schulleiterin ausführt, hat sich herausgestellt, dass die Weiterführung des Bläserunterrichtes in der heutigen Form keinen Sinn macht. Die Schulleitung beantragt deshalb, den Unterricht als Bläserklasse „light“ weiterzuführen. Das bedeutet, dass neu während 2 Schuljahren 1 Wochenlektion mit 20 Instrumenten angeboten wird. Bedingung sind genügend Anmeldungen. In der anschliessenden Diskussion will Gemeinderat Hans Rothenbühler (CVP) wissen, wie und von wem die Kosten für Unterhalt und Reparatur von Instrumenten getragen werden. Ausserdem ist er der Meinung, dass das Projekt bis heute nicht den Erfolg gebracht hat, den man sich erhofft hat. Auch die Tatsache, dass die Schüler, welche in die Oberstufe wechseln, meist das Interesse verlieren, gibt ihm zu denken. Frau Kurtogullari stellt klar, dass bis heute und auch in naher Zukunft der Einwohnergemeinde keine Unterhaltskosten entstanden sind bzw. entstehen werden, da die Musikgesellschaft wertvolle Unterstützung leistet. Ressortleiter Martin Joss (BDP) ist optimistischer, da dieses Modell beispielsweise in der Ost- und der Zentralschweiz sehr gut funktioniert. Schliesslich wird der Antrag der Schulleitung einstimmig genehmigt. In der Folge orientiert die Schulleiterin über den Verlauf und das Ergebnis der externen Schulevaluation, welche für die Schule Luterbach sehr erfreulich ausgefallen ist, hat sie doch in allen geprüften Bereichen die Prüfung bestanden, was der Rat mit Applaus zur Kenntnis nimmt.

Wie der Gemeindepräsident ausführt, hat es sich herausgestellt, dass von der Weiterführung der regionalen Sozialarbeit reger Gebrauch gemacht wird und dass das Projekt weitergeführt werden sollte. Er möchte aber diese Weiterführung zeitlich begrenzen, um zu vermeiden, dass die Schulsozialarbeit zum „Selbstläufer“ wird. Gemeinderat Erich Herrmann (CVP) stellt fest, dass das Geschäft für die Primarschule gilt, in der Oberstufe werde es bereits angewendet. Urs Rutschmann (SVP) stellt den Antrag, die Schulsozialarbeit zeitlich zu begrenzen, damit sie jeweils am Ende einer Legislatur überprüft werden kann. Auf eine Frage von Kurt Hediger (CVP) antwortet Erich Herrmann (CVP), dass von einer externen Fachstelle während der Berichtszeit in 14 Gemeinden 4000 Arbeitsstunden aufgewendet worden sind, davon 577 in Luterbach. Der Gemeinderat unterstützt die Weiterführung der regionalen Schulsozialarbeit, will aber anstelle einer definitiven Einführung, vorläufig lediglich eine Projektweiterführung von 4 Jahren.

Viel zu reden geben wieder die Verkehrsmassnahmen rund um das Schulhaus. Wie der Gemeindeschreiber Ruedi Bianchi ausführt, wurde das Thema anlässlich einer Sitzung mit der Kantonalen Verkehrskommission besprochen. Anlässlich dieser Tagung wurde festgestellt, dass der heutige Zustand (Vmax. 30 km/h nur gerade an der Schulhausstrasse) wenig Sinn macht und überprüft werden sollte. Die Elterntaxis stellen ein besonderes Ärgernis dar, sind sie doch oft eine Gefahr für die Schulkinder. Urs Rutschmann (SVP) möchte eine Gesamtlösung rund um das Schulhaus, was Kurt Hediger (CVP) und Martin Joss (BDP) unterstützen. Hans Rothenbühler (CVP) erinnert an seinen Antrag vom vergangenen Jahr, mit dem er eine Gesamtlösung verlangte. Der Gemeinderat überweist das Geschäft zur Bearbeitung der Planungs- und Umweltschutzkommission mit dem Auftrag, eine Regelung zu finden.

Hanspeter Schläfli (FDP) erläutert kurz das Projekt „Öffentlicher Uferpark“. Die Informationsveranstaltung für die Öffentlichkeit wird auf den 28. April um 19.30 Uhr festgesetzt und die Planungshoheit für das Nutzungsplanverfahren an den Kanton Solothurn

abgetreten. Kurt Hediger (CVP) bemängelt, dass „wieder einmal“ ein Geschäft zu spät in den Rat gelangt sei. Die Anträge der Planungs- und Umweltschutzkommission werden einstimmig genehmigt.

Ferner hat der Rat ...

- Die Umteilung der Besoldungsklasse bei Musiklehrern bewilligt.
- Die Schlussabrechnung Investitionskredit EDV Infrastruktur genehmigt.
- Verschiedene verkehrspolizeiliche Massnahmen (Fahrverbot Stellieggweg, Blaue Zone Güterstrasse und Tempo 30 statt Parkverbot Nordstrasse) gutgeheissen.
- Der Kostenübernahme für die Weiterbildung der Kanzleisekretärin zugestimmt.

Arnold Seiler, Gemeinderatsberichterstatter